

## Datenschutzerklärung zum Hinweisgebersystem

Die HMF Smart Solutions GmbH (nachfolgend „**HMF**“, „**wir**“, „**uns**“ genannt) fordert und fördert transparente Geschäftsaktivitäten. Wir bekennen uns uneingeschränkt zur Compliance. Zuverlässigkeit, Integrität und Regeltreue bilden das Fundament unserer Tätigkeit.

Am 2. Juli 2023 ist das Hinweisgeberschutzgesetz (**HinSchG**) in Kraft getreten. Dieses Gesetz regelt den Schutz insbesondere von natürlichen Personen, die im Zusammenhang mit ihrer beruflichen Tätigkeit oder im Vorfeld einer beruflichen Tätigkeit Informationen über Verstöße erlangt haben und diese offenlegen. Mit Ihrer Meldung leisten Sie einen Beitrag zur Vermeidung, Aufdeckung und Beseitigung von Fehlern in unserem Unternehmen.

Daher möchten wir Sie als meldende Person (Mitarbeiter oder Externe) ermutigen, sich mit verdächtigen Sachverhalten an unsere interne Meldestelle (Hinweisgebersystem), mit so konkreten Angaben wie möglich, zu wenden.

Nachfolgend informieren wir Sie gem. Art. 13 und 14 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (**DSGVO**) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten (nachfolgend „**Daten**“ genannt) im Rahmen des Hinweisgebersystems von uns. Wir werden die Daten im Rahmen des Hinweisgebersystems nur nach Maßgabe der geltenden datenschutzrechtlichen Vorgaben verarbeiten. Diese Vorgaben ergeben sich insbesondere aus der DSGVO und dem Bundesdatenschutzgesetz (**BDSG**). Die vorliegende Datenschutzzinformation ergänzt unsere allgemeine Datenschutzzinformationen für Mitarbeiter.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

### Wer ist für die Verarbeitung Ihrer Daten verantwortlich

Verantwortlich für die Verarbeitung Ihrer Daten ist die

#### **HMF Smart Solutions GmbH**

Fritz-Hahne-Straße 7  
D-31848 Bad Münder

Telefon: + 49 (0) 5042 998 0  
E-Mail: [info@hmf-germany.com](mailto:info@hmf-germany.com)

Unsere(n) **Datenschutzbeauftragten** erreichen Sie entweder unter

[datenschutz@hmf-germany.com](mailto:datenschutz@hmf-germany.com)

oder

unter der oben genannten Postadresse mit dem Zusatz „Datenschutzbeauftragter“.

### Wie kann gemeldet werden?

#### Interne Meldestelle

Hinweise können über ein Online-Meldeformular abgegeben werden. Im Rahmen eines geregelteten Verfahrens werden diese behandelt und bearbeitet.

## Externe Meldestelle des Bundes

Neben der Meldung von Informationen über einen Verstoß an die interne Meldestelle können Sie diese auch an eine externe Meldestelle melden. Die externe Meldestelle des Bundes ist beim Bundesamt für Justiz (BfJ) angesiedelt. Auf der [Webseite des BfJ](#) sind die Meldekanäle sowie weitere Informationen zur externen Meldestelle des BfJ veröffentlicht.

Das Gesetz sieht in § 7 Abs. 1 S. 1 HinSchG an sich ein Wahlrecht vor. Nach § 7 Abs. 1 S. 2 HinSchG sollen hinweisgebende Personen allerdings in den Fällen, in denen intern wirksam gegen den Verstoß vorgegangen werden kann und sie keine Repressalien befürchten müssen, die Meldung an eine interne Meldestelle bevorzugen. Daher bitten wir Sie, sich mit verdächtigen Sachverhalten zuerst an unsere vertrauliche interne Meldestelle zu wenden.

### **Wer kann die Verstöße melden und welche Verstöße können gemeldet werden?**

Hinweise können von Mitarbeitenden, Geschäftspartnern, Lieferanten und sonstigen Dritten gemeldet werden. Dieses vertrauliche Verfahren wird den Meldenden zur Verfügung gestellt, um vermutete Verstöße gegen Gesetze oder Vorschriften, den Code of Conduct oder andere interne Richtlinien von HMF zu melden. Bitte beachten Sie, dass die Nutzung des Online-Meldeformulars vollkommen freiwillig ist. Mitarbeitende von HMF sind aufgefordert, mögliche Verstöße direkt Ihrem Vorgesetzten oder der HR-Abteilung zu melden. Wenn Sie sich dazu nicht in der Lage sehen oder sich dabei unwohl fühlen, können Sie selbstverständlich das Online-Meldeformular nutzen, um Ihre Meldungen abzugeben.

Das Online-Meldeformular dient ausschließlich der Entgegennahme und Bearbeitung von Meldungen zu tatsächlichen oder vermeintlichen Verstößen gegen Gesetze, Richtlinien oder den Code of Conduct von HMF. Mögliche Verstöße sind z.B.:

- Korruption und Bestechung, Betrug, Geldwäsche und Unterschlagung;
- Verstöße gegen die Menschenrechte;
- Diskriminierung oder Belästigung;
- Verstöße gegen das Kartell- und Wettbewerbsrecht;
- Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitsfragen;
- Interessenkonflikte;
- Verstöße gegen die Vorschriften über Vertraulichkeit, Marktmissbrauch und Insiderhandel;
- Verstöße gegen das Produktsicherheitsgesetz und das Produkthaftungsgesetz;
- Industriespionage;
- Unbefugte Weitergabe von Informationen;
- Fälschung von Jahresberichten und Geschäftsunterlagen;
- Datenmanipulation;
- Verstöße gegen Datenschutz- und IT-Sicherheitsvorschriften; und
- Vergeltungsmaßnahmen gegen Personen, die sich in gutem Glauben geäußert haben.

Die Auflistung ist nicht abschließend. Sollte sich Ihr Anliegen auf einen Verstoß beziehen, der nicht zur Auswahl steht, wenden Sie sich bitte in Ihrer Funktion als Mitarbeiter an Ihren Vorgesetzten oder die HR-Abteilung.

Bitte seien Sie sich bewusst, dass die Informationen, die Sie über sich selbst, Ihre Kollegen oder andere Aspekte der HMF-Geschäftstätigkeiten bereitstellen, zu Entscheidungen führen können, die andere Personen betreffen. Daher bitten wir Sie, nur Informationen zu geben, von denen Sie glauben, dass sie der Wahrheit entsprechen. Wir werden keine Vergeltungsmaßnahmen gegen Sie ergreifen, wenn Sie in gutem Glauben einen potentiellen Verstoß melden, selbst wenn sich dieser später als sachlich falsch herausstellt. Bitte beachten Sie jedoch, dass die wissentliche Angabe falscher oder irreführender Informationen nicht toleriert wird. Die von Ihnen übermittelten Informationen werden vertraulich behandelt, außer in Fällen, in denen dies aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder zur Durchführung einer Untersuchung nicht möglich ist. Wir ermutigen Sie, Ihre Identität preiszugeben, damit wir Ihr Anliegen besser bearbeiten und eventuelle Rückfragen weiterverfolgen können.

### **Welche Daten werden verarbeitet?**

Grundsätzlich kann der Service anonym, also ohne Angaben von Ihren Daten genutzt werden. Sie können jedoch freiwillig Ihre Daten preisgeben, darunter Angaben zu Ihrer Identität, Ihren Vor- und Nachnamen, Ihrer Telefonnummer oder Ihrer E-Mail-Adresse. Sollten Sie diese Daten freiwillig angeben, werden diese von uns verarbeitet. Diese Datenschutzerklärung gilt ergänzend zu unserer bestehenden [allgemeinen Datenschutzerklärung](#), in der Sie konkrete Informationen erhalten, wie wir Ihre Daten im Rahmen des Webseitenbesuchs verarbeiten.

Besondere Kategorien personenbezogener Daten, wie z.B. Angaben zur rassischen und/oder ethnischen Herkunft, zu religiösen und/oder weltanschaulichen Überzeugungen, zur Gewerkschaftszugehörigkeit oder zur sexuellen Orientierung werden von uns nicht abgefragt und verarbeitet. Dank des Freitextfeldes im Online-Formular können Sie jedoch freiwillig solche besonderen Kategorien personenbezogener Daten angeben.

Die von Ihnen abgegebene Meldung kann auch Daten von Dritten enthalten, auf die Sie sich in Ihrer Meldung beziehen. Diese betroffenen Personen haben die Möglichkeit, zu den Informationen Stellung zu nehmen. In diesem Fall werden wir die betroffenen Personen über die Meldung bzw. den abgegebenen Hinweis informieren. Auch in diesem Fall ist Ihre Vertraulichkeit gewährleistet, da die betroffene Person - soweit rechtlich möglich - keine Informationen über Ihre Identität erhält und Ihre Informationen so verwendet werden, dass Ihre Anonymität nicht gefährdet wird.

Bitte beachten Sie, dass es häufig gesetzlich vorgeschrieben ist, dass die Personen, die Gegenstand einer Meldung oder eines Hinweises sind, benachrichtigt und angehört werden müssen. Während der Untersuchung haben diese Personen die Möglichkeit, ihren Standpunkt zu der Meldung darzulegen. Die betroffene Person kann aufgrund von geltenden Gesetzen ein Recht auf Informationen haben, welches uns zur Offenlegung Ihrer Identität zwingen könnte. Auch staatliche Stellen können ähnliche Auskunfts- oder Beschlagnahmerechte haben, die eine Offenlegung Ihrer Identität zur Folge haben. Dies kann insbesondere dann der Fall sein, wenn die betroffene Person behauptet, dass die gegen sie vorgebrachten Informationen vorsätzlich oder grob fahrlässig unwahr sind und daraufhin beschließt, Anzeige zu erstatten.

## **Was passiert nach der Meldung?**

Die Erstbewertung des Vorfalls erfolgt durch den zuständigen Prüfer (HR-Abteilung), der Ihnen innerhalb von 7 Tagen den Eingang der Meldung schriftlich bestätigt. Kommt der Prüfer nach der ersten Bewertung zu dem Schluss, dass es keine Anhaltspunkte für ein relevantes Fehlverhalten gibt, stellt er das Verfahren ein und informiert Sie so bald wie möglich schriftlich über seine Entscheidung und die Gründe dafür.

Kommt der Prüfer nach einer Erstbewertung zu dem Schluss, dass es Beweise für ein relevantes Fehlverhalten gibt, werden geeignete Maßnahmen ergriffen, zu denen auch die Ernennung einer oder mehrerer Personen (entweder innerhalb oder außerhalb von HMF) zur Untersuchung der Offenlegung gehören kann. Der/die Untersuchende(n) wird/werden Ihnen spätestens nach 3 Monaten ab Zeitpunkt der Empfangsbestätigung der Meldung, eine Rückmeldung zu geben. Die Rückmeldung wird Informationen über den Fortgang der Untersuchung und deren voraussichtlichen Zeitrahmen enthalten.

## **Zu welchen Zwecken werden Ihre Daten verarbeitet Auf welchen Rechtsgrundlagen beruht die Verarbeitung Ihrer Daten?**

Wir verarbeiten Ihre Daten im Rahmen der geltenden Gesetze, insbesondere für die folgenden konkreten Compliance- und Aufklärungszwecke:

- Prüfung der Plausibilität von Hinweisen
- Aufklärung von Fehlverhalten
- Umsetzung von gesetzlichen Pflichten
- Verhinderung zukünftigen Fehlverhaltens
- Rechtsausübung
- Entlastung von Beschäftigten
- Umsetzung Mitwirkungspflichten.

Ergänzend kommen als mögliche Zwecke der Datenverarbeitung die in der allgemeinen Datenschutzhinweise für Mitarbeiter genannten Zwecke in Betracht.

Die Erhebung, Verarbeitung und Weitergabe von Ihren Daten im Rahmen der Meldungen erfolgt in Übereinstimmung mit den geltenden Datenschutzgesetzen, einschließlich der DSGVO und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG).

**Umsetzung gesetzlicher Pflichten:** Fällt die Meldung in den Anwendungsbereich des HinSchG, so ist die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer Daten im Zusammenhang mit dieser Meldung § 10 HinSchG i.V.m. Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO.

**Wahrung berechtigter Interessen:** In allen anderen Fällen beruht die Verarbeitung von Ihren Daten in Bezug auf einen (potenziellen) Verstoß auf dem berechtigten Interesse von uns, Verstöße zu untersuchen, Meldungen zu Verstößen entgegenzunehmen und in Übereinstimmung mit den von uns festgelegten Standards und Werten von uns zu verarbeiten (Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO). Zu unseren berechtigten Interessen können im Einzelfall zählen:

- Rechtsverteidigung
- Verbesserung der Compliance-Struktur
- Unterstützung von Betroffenen

- Umsetzung ausländischer Rechtsvorschriften.

**Aufklärung von Straftaten:** Die Verarbeitung von Daten, die sich auf Straftaten beziehen, erfolgt gemäß Art. 10 DSGVO (und ggf. § 9 Abs. 2 HinSchG). Falls Aufklärungsmaßnahmen der Aufdeckung von möglichen Straftaten im Rahmen von Beschäftigungsverhältnissen dienen, können diese gemäß § 26 Abs. 1 Satz 2 BDSG gerechtfertigt sein. Wir werden entsprechende Datenverarbeitungen aber nur dann auf § 26 Abs. 1 Satz 2 BDSG i.V.m. Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO stützen, wenn dokumentierte tatsächliche Anhaltspunkte den Verdacht einer Straftat im Beschäftigungsverhältnis begründen und die Interessen des Betroffenen nicht überwiegen.

**Umsetzung des Beschäftigungsverhältnisses (§ 26 Abs. 1 Satz 1 BDSG i.V.m. Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO):** Datenverarbeitungen im Rahmen von Aufklärungsmaßnahmen können unter anderem für die Durchführung und Beendigung des Arbeitsverhältnisses mit Mitarbeitern erforderlich sein. Dies gilt beispielweise für Aufklärungsmaßnahmen zur Aufdeckung von arbeitsvertraglichen Pflichtverletzungen, welche keine Straftat begründen. Aufklärungsmaßnahmen können auch für die Abwicklung von Arbeitsverhältnissen erforderlich sein. Dies kann beispielweise der Fall sein, wenn wir auf Basis der im Rahmen einer Aufklärungsmaßnahme gewonnenen Erkenntnisse arbeitsrechtliche Sanktionen gegen einen Betroffenen verhängt.

**Betriebsvereinbarungen (Art. 88 Abs. 1 DSGVO, § 26 Abs. 4 BDSG):** Wir werden Ihre Daten gegebenenfalls auch auf Basis einer geltenden Betriebsvereinbarung verarbeiten, die die Einführung und Betrieb des Hinweisgebersystems regelt.

**Einwilligung:** Darüber hinaus können Daten bei Vorliegen einer Einwilligung der meldenden Person auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO verarbeitet werden.

**Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten:** Wenn in Ausnahmefällen besondere Kategorien personenbezogener Daten verarbeitet werden (sensible Daten), ist die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Art. 9 DSGVO, § 10 HinSchG und § 22 BDSG.

Wir beabsichtigen nicht, Ihre Daten für andere als die oben genannten Zwecke zu verwenden.

#### **Wer sind die Empfänger von Ihren Daten?**

Zunächst erlangen bei uns nur berechtigte Personen Kenntnis von den durch die Ombudsstelle übermittelten Daten in pseudonymisierter Form. Durch entsprechende Berechtigungssysteme und angemessene technisch-organisatorische Maßnahmen ist sichergestellt, dass nur die jeweils zuständigen Personen Zugriff auf diese Daten bekommen. Die mit der Bearbeitung der Vorfälle betraute Personen werden ausdrücklich auf Vertraulichkeit verpflichtet.

Zur Erfüllung des vorgenannten Zwecks kann es auch erforderlich sein, dass wir Ihre Daten an externe Stellen wie Anwaltskanzleien, Straf- oder Wettbewerbsbehörden, Behörden innerhalb oder außerhalb der EU/EWR übermitteln.

In bestimmten Situationen können Ihre Daten in ein Land außerhalb der EU/EWR oder in ein Land mit einem angemessenen Datenschutzniveau übermittelt werden. In einem solchen Fall stellt HMF sicher, dass die Standardvertragsklauseln der EU-Kommission mit dem Empfänger der Daten abgeschlossen werden und alle relevanten zusätzlichen Garantien gewährleistet sind.

### **Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?**

Ihre Daten werden in Übereinstimmung mit den geltenden Datenschutzgesetzen gespeichert und 3 Jahre nach Abschluss des Verfahrens gelöscht (§ 11 Abs. 5 HinSchG). In bestimmten Fällen und für bestimmte Dokumente kann eine längere Frist angemessen sein. Eine Speicherung kann auch erfolgen, wenn dies vom europäischen oder nationalen Gesetzgeber zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen, wie z.B. Aufbewahrungspflichten, vorgesehen ist. Danach werden alle Daten gelöscht, gesperrt oder anonymisiert.

### **Welche Datenschutzrechte haben Sie?**

Bezüglich der Verarbeitung Ihrer Daten stehen Ihnen umfangreiche Rechte zu.

**Auskunftsrecht:** Sie haben das Recht auf Auskunft über die bei uns gespeicherten Daten, insbesondere, zu welchem Zweck die Verarbeitung erfolgt und wie lange die Daten gespeichert werden (Art. 15 DSGVO). Dieses Recht ist eingeschränkt durch die Ausnahmen des § 34 BDSG, wonach das Auskunftsrecht insbesondere entfällt, wenn die Daten nur aufgrund gesetzlicher Aufbewahrungsvorschriften oder zur Datensicherung und Datenschutzkontrolle gespeichert sind, die Auskunftserteilung einen unverhältnismäßigen Aufwand erfordern würde und eine Zweckentfremdung der Datenverarbeitung durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen verhindert wird.

**Recht zur Berichtigung unrichtiger Daten:** Sie haben das Recht, von uns die unverzügliche Berichtigung der Sie betreffenden Daten zu verlangen, sofern diese unrichtig sein sollten (Art. 16 DSGVO).

**Recht auf Löschung:** Sie haben das Recht, von uns die Löschung (Art. 17 DSGVO) der Sie betreffenden Daten zu verlangen. Diese Voraussetzungen liegen insbesondere dann vor, wenn a) der jeweilige Verarbeitungszweck erreicht ist oder anderweitig wegfällt, b) wir Ihre Daten unrechtmäßig verarbeitet haben, c) Sie eine Einwilligung widerrufen haben, ohne dass die Datenverarbeitung auf anderer Rechtsgrundlage fortgeführt werden kann, d) Sie der Datenverarbeitung erfolgreich widersprechen oder e) in Fällen des Bestehens einer Löschpflicht auf Grundlage des Rechts der EU oder eines EU-Mitgliedstaates, dem wir unterliegen. Dieses Recht unterliegt den Einschränkungen aus § 35 BDSG, wonach das Recht auf Löschung insbesondere entfallen kann, wenn im Falle nicht automatisierter Datenverarbeitungen ein unverhältnismäßig hoher Aufwand für die Löschung besteht und Ihr Interesse an der Löschung als gering anzusehen ist.

**Recht auf Einschränkung der Verarbeitung:** Sie haben das Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten zu verlangen (Art. 18 DSGVO). Dieses Recht besteht insbesondere, wenn a) die Richtigkeit der Daten umstritten ist, b) Sie unter den Voraussetzungen eines berechtigten Löschbegehrens anstelle der Löschung eine eingeschränkte Verarbeitung verlangen, c) die Daten für die von uns verfolgten Zwecke nicht länger erforderlich sind, Sie die Daten jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder d) der Erfolg eines Widerspruchs noch umstritten ist.

**Recht auf Datenübertragbarkeit:** Sie haben das Recht, die Sie betreffenden Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, von uns in einem strukturierten, gängigen, maschinenlesbaren Format zu erhalten (Art. 20 DSGVO), soweit diese nicht bereits gelöscht wurden.

**Widerspruchsrecht:** Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender Daten Widerspruch einzulegen (Art. 21 DSGVO). Wir werden die Verarbeitung Ihrer Daten einstellen, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder wenn die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

Gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO haben das Recht, ihre einmal erteilte Einwilligung uns gegenüber jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der vorherigen Einwilligung erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Der Widerruf hat nur zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen. Beachten Sie jedoch, dass wir bestimmte Dienst- oder Zusatzleistungen möglicherweise nicht erbringen können, wenn wir nicht in der Lage sind, die für diesen Zweck erforderlichen Daten zu verarbeiten.

**Recht im Zusammenhang mit automatisierter Entscheidungsfindung:** Sie haben das Recht (Art. 22 DSGVO), keiner automatisierten Entscheidungsfindung, einschließlich Profilerstellung, unterworfen zu werden, die für Sie rechtliche Folgen hat oder ähnliche erhebliche Auswirkungen hervorruft. Wir verwenden in Beschäftigungsfragen im Allgemeinen keine automatisierte Entscheidungsfindung oder Profilerstellung. Wenn Sie jedoch einer automatisierten Entscheidung unterworfen wurden und mit dem Ergebnis nicht einverstanden sind, so können Sie sich auf den unten genannten Wegen an uns wenden und uns ersuchen, die Entscheidung zu überprüfen

**Recht zur Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde:** Sie haben die Möglichkeit, sich an den oben genannten Datenschutzbeauftragten oder an eine Datenschutzaufsichtsbehörde zu wenden, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der sie betreffenden Daten gegen die DSGVO verstößt.